

## Plädoyer für offene Verhältnisse

Unsere Gesellschaft befindet sich in tiefgreifenden Reformanstrengungen. Der Reformdruck im Gesundheitswesen, in den sozialen Sicherungssystemen, auf dem Arbeitsmarkt und im Steuersystem ist unbestritten. Die Bemühungen um kulturpolitische Zukunftsentwürfe stehen hingegen am Rande oder schlimmer noch jenseits dieser Diskussionen, als hätten sie mit alledem nichts zu tun.

Populär sind Klagen gegen Mittelkürzungen im Kulturbereich, aber sie führen kaum dazu, vergleichbare Reformanstrengungen zu befördern, die tauglich wären, strukturelle Veränderungen zu tragen. So können wir in nahezu jeder x-beliebigen Tageszeitung im Feuilleton beklagt und skandalisiert sehen, was im Politik- und Wirtschaftsteil gefordert wird, als würde hier über verschiedene Planeten berichtet.

Ein vordergründiger Pragmatismus beherrscht die kulturpolitische Szene. Vordergründig, weil zunehmend und immer wieder wirkliche und fiktive Kräfte beschworen werden, auf die mit schnellen Lösungen reagiert wird. Es werden Aufgaben neu sortiert und auch gelegentlich aufgegeben, es wird Personal abgebaut und umgeschichtet, es werden Betriebs- und Rechtsformen geändert, es wird fusioniert, kommunalisiert, dezentralisiert, budgetiert.

Sicher, hier und da wird Effizienz gestiegt und manchmal entstehen tatsächlich auch größere Freiräume. Aber die Geschäftigkeit dieser vielen kleinen, isolierten Schritte und Insellösungen kann nicht die Antwort ersetzen auf wesentliche kulturpolitische Fragen.

Und wesentliche Fragen sind heute grundlegende Fragen. Etwa das Verhältnis der verschiedenen kulturpolitischen Akteure zueinander. Angesichts der immer schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen für die Kulturpolitik müssen die Länder die immer engere Kooperation mit ihren Kommunen suchen, müssen beide gemeinsam – insbesondere in strukturschwachen Regionen wie etwa Brandenburg – die jeweiligen kulturpolitischen Aufgaben gemeinsam bestimmen und ihre Wahrnehmung abstimmen, damit eine möglichst hohe Effektivität im Einsatz der begrenzten Mittel erzielt wird, um damit Freiräume für die kulturelle Entwicklung zu erhalten oder neu zu schaffen.

Und so, wie das für das Verhältnis der Länder zu ihren Kommunen gilt, so gilt dies aus meiner Sicht auch für das Verhältnis des Bundes zu den Ländern. Nicht Abschottung und Abgrenzung können im Vordergrund stehen, sondern es bedarf auch hier der Suche nach Wegen der möglichst engen und kommunikativen Kooperation.

Deshalb ist es aus kulturpolitischer Sicht so schmerzlich, dass der mühsame Versuch der Verständigung zwischen dem Bund und den Ländern über konkrete Aufgaben und ihre Wahrnehmung, wie auch die Absicht, in einer aus KSL und KSB fusionierten Kulturstiftung einen pragmatisierten Ausdruck für gemeinsame Verantwortungsbeurteilung zu schaffen, nun gescheitert ist; ja im Gegenteil nunmehr auch noch die einstmalig schwer errungene Kooperation in der KSL beendet werden soll. Welches Zeichen könnte in der heutigen kulturpolitischen Situation falscher sein als dieses.

Es macht sich ein paradoxer Eindruck breit. Gerade die Kulturpolitik, deren vornehmste Aufgabe es doch ist, dem Neuen, dem Unorthodoxen, dem noch nicht Erprobten Ausdruck und Gehör zu verschaffen, zeigt sich als besonders unbeweglich und status-quo-orientiert. Wie aber kann Kulturpolitik etwas bewegen, wenn sie sich selbst nicht bewegt. Diese Beweglichkeit, die vom kulturpolitischen *common sense* heute oft allzu schnell als schlecht getarnte Sparbemühung denunziert wird, brauchen wir auf allen Ebenen der Kulturpolitik.

Die kulturpolitische Konzeptdebatte muss also wieder zurück in den Kernbereich gesellschaftlicher und politischer Reformbemühungen. Das stellt hohe Anforderungen an die Akteure in Kultur und Politik. Die ausgetretenen Pfade der Besitzstandswahrung und des Immer-weiter-so führen selten dorthin. Gerade die Kultur sollte doch geeignet sein, ihr Kreativitätspotential auf sich wandelnde Verhältnisse auszurichten und diese mit zu prägen. Und die Politik soll sie dazu anregen, dabei begleiten und fördernd unterstützen.

Schlechte Beispiele der Unbeweglichkeit schaden daher auf allen Ebenen. Der Fall der Stiftungsfusion darf deshalb noch nicht als erledigt betrachtet werden.

Prof. Dr. Johanna Wanka

Die Autorin ist  
Ministerin für Wissen-  
schaft, Forschung und  
Kultur des Landes  
Brandenburg



Anzeige

### Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen Genese – Profile – Perspektiven

Reihe Dokumentationen der Kulturpolitischen Gesellschaft Nr. 61  
ISBN 3-923064-79-9 bzw. ISBN 3-89861-186-8 (Klartext Verlag),  
339 Seiten, 14 €

Soziokultur hat Geschichte – als kulturpolitisches Konzept und als Praxisfeld. Eine Überprüfung der Aktualität von Inhalten und Arbeitsformen in einem der wichtigsten soziokulturellen Praxisfelder, den Soziokulturellen Zentren, sind Gegenstand einer Untersuchung, die Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der LAG Soziokultureller Zentren NW im Auftrag des Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat.

Das Buch enthält neben den Studien und Befragungsergebnissen Empfehlungen an die Politik sowie eine Reihe von Good- Practice-Beispielen, die aufzeigen, wie spezifische Fragen und Themen in Projekten aufgegriffen und behandelt werden können.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstr. 59a • 53113 Bonn  
T 0228-201 67-0 • F 0228-201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de